

Arbeiterklasse und Bourgeoisie nachgewiesen und der Arbeiterklasse die geistige Waffe für ihren Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und um den Sozialismus gegeben. **Meinungsfreiheit: das Recht eines Bürgers, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei und öffentlich zu äußern.** Die Forderung nach M., die die Pressefreiheit einschließt, war ursprünglich eine Forderung der aufstrebenden Bourgeoisie im Kampf gegen den Feudalismus. Das Recht auf M. fand Eingang in viele bürgerliche Verfassungen, blieb aber, wie die anderen demokratischen Rechte und Freiheiten, für die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten in den bürgerlichen Staaten nur ein formales Recht. Mit der Verschärfung der Klassengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft, insbesondere seit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus, wurde die M., namentlich für die Arbeiterklasse, ihre revolutionäre marxistische Partei und andere Arbeiterorganisationen, eingeschränkt. Durch gesetzgeberische Maßnahmen, ökonomischen Druck usw. versucht die Bourgeoisie, alle ihre Klassenherrschaft gefährdenden Meinungsäußerungen zu unterdrücken. Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem, insbesondere der westdeutschen Bundesrepublik, behindert jede demokratische Meinungsäußerung und Meinungsbildung und versucht, sie zu unterdrücken. Einerseits soll mit der Hilfe der ›geistigen Manipulierung ein «gesamtgesellschaftliches Bewußtsein» im Sinne des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems erzeugt werden, andererseits soll mit der ›Notstandsverfassung (§ 115 d) und der «Notverordnung über das Informationswesen» des Recht auf M. praktisch beseitigt werden. Wirklich garantiert ist die M. erst in sozialistischen Staaten, wo sie fester Bestandteil der Grundrechte des Bürgers ist. Jeder Bürger hat z.B. in der DDR das Recht, durch seine Vorschläge, Meinungen, Ansichten, Kritiken aktiv an der politisch-staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft mitzuwirken. **Das schließt ein, daß Kriegs-, Rassen- und Völkerhetze dem Grundrecht auf M. zuwiderlaufen und strafbar sind.** Das Recht auf M. wird in erster Linie gesichert durch das Recht auf umfassende Bildung (›einheitliches sozialistisches Bildungssystem, ›Weiterbildung), die jedem Bürger eine fundierte Meinungsbildung ermöglicht. Memorandum ›diplomatischer Schriftwechsel Mensch: höchstes Entwicklungsprodukt der Materie, das seiner biologischen Natur nach aus den am höchsten entwickelten Tieren der Erde, den Anthropoiden, hervorgegangen ist, sich von diesen aber